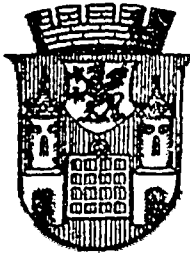


Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Bierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellgeld besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigenannahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 103

Sonnabend, den 3. Mai 1930

37. Jahrgang

Chronik des Tages.

* Gerade zu Beginn der Haushaltsdebatten im Reichstag veröffentlicht der Hansabund eine scharf eingestellte Betrachtung über die Erfordernisse der Finanzsanierung.

* Fast eine Milliarde Zloty wurden von dem Warschauer Parlament für polnische Bahnbauten in Polen bewilligt, die sicherlich weniger wirtschaftlichen als strategischen Interessen dienen.

Haushaltsdebatte im Reichstag.

Moldenhauers Etatsbegründung.

Berlin, 3. Mai.

Am Regierungstische: Reichszugler Dr. Brüning, Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer und weitere Mitglieder des Kabinetts. Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Reichshaushaltsplans für 1930.

Das Wort erhält sofort

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer.

Er leitet die Beratung mit einer längeren Rede ein. Rückblickend auf das Jahr 1929 schildert er zunächst, wie verhängnisvoll der immer wieder hinausgeschobene Abschluß der Reparationsverhandlungen auf die Entwicklung der deutschen Wirtschaft und im Zusammenhang damit auf die Finanzlage des Reichs gewirkt habe. Der Reichsfinanzminister müsse der Vorrang vor der ursprünglich zu einem früheren Zeitpunkt in Aussicht genommenen Entlastung der Wirtschaft eingeräumt werden. Er ging dann näher auf die augenblickliche Wirtschaftslage ein und bezeichnete den zur Zeit bestehenden Kapitalmangel als das Grundübel, an dem unsere Wirtschaft krankt und aus dem sich in unheilvoller Wechselwirkung hoher Zinsfuß, Unmöglichkeit notwendiger Rationalisierung, Schwächung des Inlandmarktes, Konkurrenzunfähigkeit auf dem Weltmarkt, steigende Abhängigkeit vom Ausland und Arbeitslosigkeit ergeben.

Die Steuerentlastung sei das wichtigste Problem unserer künftigen Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Das Fundament für die Durchführung des Programms sei ein ausgeglichener Etat. Mit Hilfe der Kreuzer-Anleihe und des Schuldentilgungsfonds von 515 Millionen werde es möglich, im Laufe des Jahres 1930 schwebende Schulden in Höhe von rund 1 Milliarde abzudecken. Einen Anfang der Steuerentlastung stelle das dem Reichstag demnächst zugehende Ermächtigungsgesetz für Maßnahmen dar, welche die Kapitalversorgung der deutschen Wirtschaft erleichtern sollen.

Die ersten zur Verfügung stehenden Beträge sollen zur Senkung der von den Ländern und Gemeinden erhobenen Realsteuern dienen.

Der endgültige Finanzausgleich müsse den beweglichen Faktor im Gemeindesteuersystem schaffen und die Vertiefung der Aussicht über die Finanzgebarung der Gemeinden durch Einführung obligatorischer Rechnungsprüfung durch eine von den Gemeinden unabhängige Stelle. — Der Etat selbst sei auf der Einnahmeseite vorsichtig, auf der Ausgabeseite parham aufgestellt. Auf der Ausgabeseite seien von der Konjunkturentwicklung besonders die Kosten für Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge bedroht. Die Befürchtung, daß eine erhebliche Gefährdung des Etatsausgleichs auch von der Ausgestaltung des Ostprogramms drohe, erklärt der Minister für unbegründet.

Die wichtigsten und dringendsten Maßnahmen eines Hilfsprogramms seien Umschuldung, Befestigung, Lastensenkung, Verkehrsförderung, Hebung der Arbeitslage und Siedlung.

Dafür würden alle verfügbaren Mittel bereitgestellt werden. Aus der großen Zahl der für die Ausgabenentlastung im Reich, Ländern und Gemeinden beabsichtigten Maßnahmen erwähnt der Minister folgende Festlegung einer Höchstgrenze, über die hinaus die gesamten Ausgaben nicht steigen dürfen, Verminderung der Zahl der Reichsbehörden durch allmähliche Auflösung oder Zusammenlegung bestehender Behörden, Verringerung des Personalaufwandes, Einschränkung des Doppelpfandes von Bezügen bei Gehalts- und Pensionsempfängern, Angleichung der Bezahlung im Reich, Ländern und Gemeinden. Daneben streift der Minister auch das Problem der großen Reichsreform.

Er schließt mit einem Appell an alle Parteien, mitzuwirken an der Ordnung des Etats- und Kassenwesens, die im gemeinsamen Interesse aller Parteien liege. Eine Unordnung gerade auf diesem Gebiete gefährde die Wurzeln des staatlichen und politischen Lebens, und es müsse Aufgabe aller Parteien sein, den Fortbestand der jetzt in Angriff genommenen Wiederherstellung gesunder Finanzverhältnisse zu gewährleisten.

Die Aussprache

eröffnet Abgeordneter Vogel (Soz.), der erklärt, die Annahme des Young-Plans habe die Bahn freigemacht für die Bildung des Büraerblocks gegen die Sozialdemokratie. Dies-

mal seien auch die Demokraten dabei, deren Entwicklung sich in durchaus reaktionärer Richtung vollzogen habe. Die Bürgerblockregierung habe in der kurzen Zeit ihres Bestehens den Klassenkampf in ausgeprägtester Form gegen die Arbeiterchaft geführt. Für die Deutschnationalen sei die Landwirtschaftshilfe nur ein parteipolitisches Rechenexempel. Die Kosten des Kreuzers würden gerade den Betrag decken, den die bürgerlichen Parteien für die Sanierung der Arbeitslosenversicherung verweigert hätten. Die Sozialdemokratie werde dieses Kabinett aufs schärfste bekämpfen.

Abgeordneter Erising (Ztr.) weist den Vorwurf zurück, daß das Kabinett eine unsoziale Politik treibe. Die Sozialdemokratie habe mehrfach in schwerster Zeit die politische Verantwortung anderen überlassen. Wenn das Zentrum überall so stark wäre wie die Sozialdemokratie, dann wäre Herr Frick nicht Innenminister in Thüringen geworden. Wenn die Sozialdemokratie auch im Reich versucht hätte, verantwortungsbewußt mit dem Zentrum und den anderen Parteien die Dinge zu meistern, dann wären die radikalen Strömungen links und rechts nicht so stark geworden. Zur Panzerkreuzerfrage erklärt der Redner: der Reichsratsbeschuß für den Panzerkreuzer B hat uns überrascht. Wir glauben, daß Beschlüsse von so weittragender Bedeutung vom Kabinett gefaßt werden sollten. Wir lehnen den Reichsratsbeschuß ab, weil wir der Meinung sind, daß angesichts der großen Notlage gegenwärtig andere Aufgaben dringlicher sind.

Abgeordneter Lorger (Komm.) erklärt, die Politik dieses Bürgerblockkabinetts werde trotz der Meinungsverschiedenheiten im deutschnationalen Lager letzten Endes von Hugenberg diktiert.

Abgeordneter Dr. Kremer (D. Sp.) weist darauf hin, daß es sich bei dem vorliegenden Etat um das Werk des früheren sozialdemokratischen Finanzregimentars Dr. Hilferding handle. Damit sei schon der Vorwurf des sozialdemokratischen Debatteredners widerlegt, daß die Finanzpolitik sich gegen die arbeitende Bevölkerung richte. Die Deutsche Volkspartei sei auch nicht zufrieden mit allen Ergänzungen, die das ursprüngliche Finanzprogramm in der letzten Zeit erhalten habe. Durchgreifende Reformen seien notwendig. Von dem Finanzminister erwartet der Redner, daß er seine ganze Energie in die Frage der Sparlamkeit setze. Es sei falsch, wenn die Länder an steigenden Reichseinnahmen auf jeden Fall teilnehmen, bei sinkenden Reichseinnahmen aber eine bestimmte Summe garantiert erhalten. Der Baurate für den Panzerkreuzer B stimmt der Redner zu. Deutschland müsse die im Versailler Vertrag gesetzten Grenzen für seine Landesverteidigung bis aufs äußerste ausnützen. Die Weiterberatung wird auf Sonnabend 10 Uhr vertagt.

Größere Sicherheit in der Wirtschaft.

Hoover verlangt Vorbeugungsmaßnahmen und Reformen.

New York, 3. Mai.

Präsident Hoover beschäftigte sich in einer vor der amerikanischen Handelskammer in Washington gehaltenen Rede mit den von der Regierung vorgenommenen Maßnahmen zur Festigung der amerikanischen Wirtschaftsverhältnisse. Wenn er auch überzeugt sei, daß Amerika die großen Schwierigkeiten des vergangenen Winters überwunden habe, so wolle er dennoch sein Augenmerk auch auf die Zukunft richten, um einer Wiederholung rechtzeitig entgegenzutreten.

Es sei die Schaffung eines Ausschusses zum Studium der während der letzten Wirtschaftskrise gemachten Erfahrungen geplant. Zur Vermeidung ständiger Schwankungen in der amerikanischen Wirtschaft und im Interesse einer größeren Sicherheit müßten sowohl Vorbeugungsmaßnahmen als auch Reformen getroffen werden. Der Ausschuß werde sich u. a. zusammensetzen aus Vertretern der Geschäftswelt, der Industrie, der Landwirtschaft und der Arbeiterschaft. Er sei davon überzeugt, daß die Vertreter dieser Interessengruppen der Regierung im Falle einer Krise wertvolle Hilfe leisten könne.

Eine andere Rechnung.

„Ohne Sparpolitik keine Sanierung.“

Berlin, 3. Mai.

Unter der Parole „Sparpolitik“ wird zum Beginn der Haushaltsverhandlungen vom Präsidiatsmitglied des Hansabundes und gleichzeitigen Herausgeber der Staatskritischen Korrespondenz des Hansabundes Ernst Moisch eine scharf eingestellte Betrachtung über die Erfordernisse der Finanzsanierung der Öffentlichkeit übergeben.

Der Verfasser vertritt den Standpunkt, daß eine Sanierung der öffentlichen Finanzen auf der Grundlage der neuen Gesamtleistung von 15 bis 16 Milliarden Rm. völlig unmöglich bleibt. Nach der von Moisch aufgestellten Bilanz können im Jahre 1931 höchstens 114 Millionen für die vom Reichsfinanzminister in Aussicht genommene Steuerentlastung freibleiben, wobei in Rechnung gestellt wird, daß über die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung in

1930 Regelungen getroffen werden, die künftige zusätzliche Belastungen des Reichshaushalts ausschließen. Nach den sonstigen, für das sogenannte „Ausgabenentlastungsgesetz“ gemachten Vorschlägen dürften schätzungsweise noch 50 bis 60 Millionen zur Steuerentlastung herausskommen, so daß im Höchstfall eine Lastensenkung von 200 Millionen, nicht aber von 600 Millionen Rm. zu erwarten wäre.

Bei solchem unbefriedigenden Ausgleich bleibe das bestehende Mißverhältnis zwischen ruinierendem Steuerdruck und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit unverändert aufrecht erhalten. Demgegenüber müsse zur Wiederbelebung der deutschen Produktionskräfte gefordert werden.

Daß noch mit Wirkung für 1930 eine neue Gestalt der Ausgabenseite des Reichshaushalts vollzogen wird. Nur so könnten die Bedingungen hergestellt werden, unter denen für die Zukunft der deutschen Gesamtwirtschaft die Erhaltung höchster Leistungsfähigkeit ermöglicht wird. Wenn aber die geforderte Sparpolitik im Reichshaushalt für 1930, verbunden mit der Ausgaben- und Steuerentlastung, jetzt nicht zur Durchführung gelangen sollte, könne von einer ehrlich durchgeführten, erfolgversprechenden Sanierung im Staat und Wirtschaft keine Rede sein.

Um die Tarifierhöhung der Reichsbahn.

Eine Rede von Guérards.

Berlin, 3. Mai.

Die Tagung des Reichseisenbahnrats wurde durch eine Ansprache des Reichsverkehrsministers von Guérard eröffnet, in der er u. a. ausführte, daß die Reichsbahngesellschaft demnächst auch nach außen hin ihren Charakter als deutsches Unternehmen wiedergewonnen haben werde. Aus dem neuen Reparationsplan ergebe sich jedoch keine finanzielle Entlastung für die Reichsbahn. Trotz der Tarifierhöhung des Jahres 1928 reichten die Einnahmen nicht aus, um neben der hohen Reparationslast die inzwischen weiter gestiegenen Ausgaben für das Personal und die zur Aufrechterhaltung einer ordnungsmäßigen Wirtschaft nötigen Sachausgaben zu decken.

Um diesen Schwierigkeiten abzuwehren, habe die Reichsbahngesellschaft neue Anträge auf Tarifierhöhung gestellt. Ohne selbstverständlich der Beurteilung durch den Reichseisenbahnrat in irgendeiner Weise vorgreifen zu wollen, dürfe er bemerken, daß sich bei den in diesen Tagen geführten Verhandlungen mit den Vertretern der Länder und im Ständigen Ausschuß des Reichseisenbahnrats bereits die Bereitwilligkeit gezeigt hat, wenigstens einem Teil der Tarifierhöhungsvorschläge zuzustimmen.

Starker Widerstand richte sich jedoch gegen die geplante Erhöhung der Wagenladungsfrachten, und er verleihe die schwerwiegenden Bedenken nicht, die die Vertreter der Regierungen der Länder und der Wirtschaft gegen diese neue Belastung, die insbesondere die Massengüter treffe, zum Ausdruck gebracht hätten. Die unbedingte Notwendigkeit, die Reichsbahn finanziell leistungsfähig zu erhalten, müsse anerkannt werden.

Nachdem dann der Vorsitzende des Reichseisenbahnrats, Staatssekretär Dr. Ing. Gutbrod, der seit der letzten Sitzung verstorbenen Mitglieder des Reichseisenbahnrats gedacht hatte, trat der Reichseisenbahnrat in die Verhandlungen ein. Auf der Tagesordnung steht der Tarifierhöhungsantrag der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft.

Der Eisenbahnrat für die Erhöhung.

Der Reichseisenbahnrat nahm am Ende seiner Tagung eine Entscheidung an, die dahin geht, den Reichsverkehrsminister zu bitten:

1. Die Vorlage der Reichseisenbahnverwaltung bezüglich Aenderung des Stückguttarifs sowie des Expresgut- und Gepäcktarfs zu genehmigen.
2. Die Vorlage bezüglich der Erhöhung der Wagenladungspreise nicht zu genehmigen.
3. Diejenigen Mehreinnahmen, welche die Reichsbahn zur Erreichung der Gesamtsumme von 150 Millionen noch benötigt, nachdem durch obige Maßnahmen 69 Millionen schon aufgebracht werden, durch eine organische Erhöhung der Personentarife des allgemeinen Verkehrs aufzubringen.
4. Auf eine gleichmäßige Belastung aller im Wettbewerb stehenden Verkehrsmittel Bedacht zu nehmen.
5. Der Reichsregierung Vorschläge zu unterbreiten, um die Reichsbahn von der Beförderungssteuer und den politischen Pensionen zu entlasten, damit der Reichsbahn ermöglicht wird, die Tarife herabzusetzen.

Politische Rundschau.

Neues Gesetz über die allgemeine Militärpflicht in Polen. Eine sehr umfangreiche Verordnung des Kriegsministeriums ist im Einklang mit den übrigen Ministerien über die allgemeine Militärpflicht veröffentlicht worden.

Internationaler Bergarbeiterkongress in Krakau. Vom 12. bis 16. Mai findet in Krakau der internationale Bergarbeiterkongress statt. U. a. hat der Führer der englischen Bergarbeiter, Cool, sein Erscheinen zugesagt.